

„Der Euro hat Europa in eine fürchterliche

Situation gebracht“

INTERVIEW. Er ist Kapitalismus-Fan, hält freie Märkte aber für eine Illusion. Die wirtschaftliche Situation seiner Heimat Südkorea, die aktuell Champions wie Samsung oder Hyundai vorzuweisen hat, beurteilt er extrem kritisch. Und unter den österreichischen Ökonomen zieht er Schumpeter eindeutig Hayek vor. Ein trend-Gespräch mit dem Bestsellerautor und Ökonomen Ha-Joon Chang in Cambridge.

Interview: Bernhard Ecker Fotos: Oscar May

lagenbau, gelenkt – was in milliardenschweren Verlusten in den achtziger Jahren geendet hat. Seitdem sehen wir die Rolle des Staates nicht mehr ganz so positiv.

In Österreich und Deutschland war die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg ja eine andere; es gab politische, aber auch wirtschaftlich vernünftige Argumente, gewisse Industrien zu verstaatlichen. Und zwischen 1950 und 1975 war das für Österreich auch eine positive Sache: In den deutschen Wirtschaftswunder-Jahren wuchs Österreich sogar schneller als Westdeutschland. Die Probleme in den achtziger Jahren sind nicht notwendigerweise darauf zurückzuführen, dass der Staat Eigentümer war, sondern dass in dieser Zeit die Schwerindustrien fast überall in Schieflage gerieten, weil die ökonomische Weltkarte neu gezeichnet wurde: So wurde ja auch die schwedische Schiffsindustrie von den Koreanern faktisch ausradiert. Staatliches Eigentum an Wirtschaftsbetrieben kann heute extrem pragmatisch ausgelegt werden: Singapur etwa, ein Promotor des Freihandels und der ausländischen Direktinvestitionen, hat außerhalb der Ex-Sowjetunion den höchsten Anteil an Staatsunternehmen – gemessen an deren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt – sowieso.

Der französische Industrieminister hat soeben abwanderungswilligen Unternehmen gedroht, sie zu verstaatlichen. Rückwärtsgewandter geht es ja wohl nicht?

Ja, das ist wirklich etwas spät. Frankreich hat mit seiner Industriepolitik bis in die siebziger Jahre großen Erfolg gehabt und dann die Entwicklung verschlafen. Heute hat es eine geringere Industrieproduktion pro Kopf als Großbritannien – dabei hat der damalige Präsident Nicolas Sarkozy vor einigen Jahren noch gespottet, dass Großbritannien buchstäblich nichts produziert! Man sollte abwanderungswilligen Unternehmen jedenfalls positive Angebote machen zu bleiben, etwa durch Investiti- >

trend: Schauen Sie, ich zeichne unser Gespräch mit einem Gerät von Samsung auf, dem derzeit erfolgreichsten Unternehmen aus Ihrer Heimat Südkorea. Der perfekte Beweis dafür, dass der von Privatunternehmen getragene Kapitalismus in Kombination mit dem freien Welthandel funktioniert, oder?

Chang: Wenn Sie einmal solche Unternehmen aufgebaut haben, dann sind freie Märkte und freier Welthandel die beste Option, natürlich. Aber Sie müssen erst einmal dahin kommen. Wenn Sie ein erfolgreicher Sportler werden wollen, dann müssen Sie ja auch erst einmal einige Jahre lang trainieren. In Südkorea hat der Staat Unternehmen wie Samsung, LG oder Hyundai in den siebziger und achtziger Jahren in bestimmte Richtungen gestoßen – und dann klassisch protegiert, durch Subventionen und Zölle. Samsung hat etwa mit Zuckerraffination und Textilien begonnen, der Staat hat den Konzern später in Richtung Elektronik gepusht – und selbst als das Unternehmen dann 1983 aus eigenem Entschluss in die Halbleiterindustrie einstieg, hat die Anfangsverluste zum Teil wieder der Staat getragen.

In Österreich hat der Staat in dieser Zeit seine eigenen Unternehmen, etwa im Stahl- und An-





Bis Mitte der siebziger Jahre sei die Verstaatlichte für Österreich „eine positive Sache“ gewesen, findet Cambridge-Ökonom **Ha-Joon Chang** (mit trend-Redakteur Bernhard Ecker)

onen in Infrastruktur und Ausbildung. Drohungen sind aber der falsche Weg. **Wenn Sie nach Italien, nach Frankreich, nach Spanien schauen – gibt es denn ein Rezept, wie man den alten Kontinent wieder flottmachen kann?**

Das Problem ist jedenfalls eher damit zu lösen, upzugraden als sich nach den niedrigeren Standards anderer Länder zu richten. Die Briten haben einst auf die billige Textilkonkurrenz aus China reagiert, indem sie Fabriken in Bangladesch, Indien und Pakistan errichtet haben. Viele dieser Fabriken werden jetzt geschlossen. Deutschland hat hingegen Hightech-Textilien entwickelt und sich auf die Welt des Designs eingelassen: Karl Lagerfeld, Helmut Lang, Hugo Boss. Dabei hätte man vor 50 Jahren noch gesagt, dass „deutsch“ und „Modedesign“ ein Oxymoron ist.

Also mehr Innovation? Sie schreiben aber in Ihrem Buch „23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen“, dass Bildung volkswirtschaftlich gesehen nicht notwendigerweise zu höherem Wohlstand führt?

Damit meinte ich: Wenn über 60 Prozent der jungen Menschen Universitätsabschlüsse haben so wie in Südkorea (*Österreich: 21 Prozent, Anm.*) – was bedeuten diese Abschlüsse dann überhaupt noch? Ich warne davor zu erwarten, dass Bildung auch das ökonomische Wachstum erhöht. Es gibt zumindest nur relativ schwache Beweise für einen derartigen Zusammenhang. Nur in einem Bereich sind die Indizien stark – im Bereich der Lehre, und da ist Österreich ja sehr gut aufgestellt. Ich glaube aber nicht – das ist Teil zwei meiner Antwort auf Ihre Frage zu Europa –, dass es eine große Tragödie ist, wenn Teile der Welt wie Europa oder Nordamerika nicht mehr besonders stark wachsen. Sie stoßen ohnehin an ihre Grenzen. Offen gesagt: Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 30.000 Dollar haben prinzipi-

ell genug, um für alle einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten.

Warum wächst dann die Unzufriedenheit dennoch so stark? Die Wahlen in Italien haben ja jetzt gezeigt, dass zornige Protestwähler das am stärksten wachsende Segment sind.

Entscheidend ist bei niedrigerem Wachstum, wie clever der Wohlstand verteilt wird. Island hat das etwa vergleichsweise gut gemacht, hier sind besonders die ärmsten Bevölkerungsteile besser durch die Krise gekommen als in Griechenland oder Spanien. Auch natürlich, weil man die Währung gegenüber dem Euro um 40 Prozent abwerten konnte.

Nicht wenige meinen, dass der Wohlfahrtsstaat per se träge und faul gemacht hat. Sobald da jetzt eine Kleinigkeit gestrichen wird, gibt es Aufruhr. Sie haben dagegen in einem Artikel im „Guardian“ neulich vom „Mythos des faulen Pöbels“ geschrieben.

Das mit der Faulheit ist wirklich eine vertrackte Sache. Viele Menschen in den reichen Ländern glauben, dass viele Menschen in armen Ländern faul sind. Dabei wundern sich viele Menschen aus Entwicklungsländern, wenn sie in diese reichen Staaten kommen, wie faul die Leute hier sind: Buchstäblich die Hälfte ist entweder in Ausbildung oder in Pension. Die Griechen haben 2011 laut OECD 2.032 Stunden gearbeitet, damit lagen sie nur knapp hinter den Südkoreanern, die als Workaholics gelten. Die Deutschen liegen dagegen bei 1.413 Stunden, und die Niederlande gelten mit 1.379 Stunden sogar offiziell als faulste Nation der Welt. Aber es passt den Reichen, die Debatte über Armut als Moralstück zu führen.

Kritisiert wird ja eher, dass eine wachsende Schicht in diesen reichen Staaten es sich zu bequem macht und die Demokratie quasi von innen aushöhlt. Der österreichische Journalist Christian Ortner argumentiert in seinem aktuel-

len Bestseller „Prolokratie“ in etwa so.

Natürlich gibt es auch eine Minderheiten-Subkultur, die alles am Wohlfahrtsstaat für selbstverständlich hält und ihre Bürgerpflichten vernachlässigt. Das muss man auch adressieren. Aber wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten: Leute, die so etwas offensiv angreifen, wissen meistens nicht, wie unsere Vorfahren gelebt haben, bis Bismarck ab den 1870ern den Wohlfahrtsstaat entwickelte.

Sie sehen Südkorea gerade wegen seines schwach ausgebauten Wohlfahrtsstaates extrem kritisch. Dabei scheint das Land ökonomisch und im Lifestyle – siehe Samsung und Gangnam-Style – derzeit die Welt zu erobern?

Es zeigt sich grundsätzlich, dass die Menschen wagemutiger und veränderungsbereiter sind, wenn sie einen Polster haben, auf den sie zurückfallen können – und das nicht sind, wenn der Druck extrem groß ist. In Südkorea mit seinem stark liberalisierten, rauen Arbeitsmarkt sehen die Jungen derzeit, dass ihre Eltern mit 50 aus dem Arbeitsleben fallen und danach keine Chance mehr haben. Ich sehe das auch bei Freunden von mir. Die Selbstmordrate Südkoreas ist die höchste in der OECD. Und was machen die Jungen? Alle studieren nun Medizin oder wollen Anwälte werden, weil sie sich in diesen Bereichen Jobsicherheit erwarten. Dabei bräuchten wir fähige Wissenschaftler und Ingenieure! Dazu kommt, dass unsere Frauen auch arbeiten müssen, damit das Einkommen reicht, aber nur ganz kurze Karenzzeiten und schlechte Kinderbetreuungsmöglichkeiten haben. Deshalb hat Südkorea die niedrigste Geburtenrate der Welt.

Also stimmt es nicht, dass wir in Europa schon zu viel Sozialstaat haben?

In England wird jetzt gesagt, wenn wir die Wohlfahrtsleistungen zurückschrauben, wird das die Leute in die Arbeit zurückzwingen. Dabei wird das allerhöchstens kurzfristig einen Effekt haben, aber langfris-

tig etwas anderes bewirken: Es wird genau diese konservativen Muster, etwa in der Jobwahl, produzieren.

Ist der skandinavische Weg der bessere?

Ja. Es sind gerade einige interessante Studien erschienen, die belegen, dass eine aktive Arbeitsmarktpolitik, wie sie Schweden, Finnland und Dänemark betreiben, im Endeffekt billiger kommt, weil es gelingt, die Leute in neue Bereiche umzuschulen. Noch einmal: Der Polster des Wohlfahrtsstaates führt natürlich auch dazu, dass es sich einige Leute auf Kosten der Gesellschaft gemütlich machen. Doch entscheidend fürs Ganze ist, dass die Kosten niedriger sind als die Benefits.

Sehen Sie für den Euro ebenso eine Zukunft wie für den europäischen Wohlfahrtsstaat?

Na ja. Sie hätten mit fünf oder sechs Kernländern starten und die Währungsunion langsam entwickeln sollen. Aber so? Schauen Sie nur, wozu das geführt hat. Die halbe Eurozone ist nur wegen eines Landes, das für drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steht, fast am Kippen? Das Ganze hat Europa in eine fürchterliche Situation gebracht. Hoffentlich kommt es nun zu einer engeren politischen Integration, sodass die Währung besser funktionieren kann – so wie in den USA. Das kann natürlich letztlich dazu führen, dass einige Länder die Währungsunion verlassen wollen.

Sie unterrichten in einem Land, das sich historisch immer von den Kontinentaleuropäern abgegrenzt hat. Gibt es noch britische Ökonomen, die dem Euro etwas abgewinnen können?

Ich glaube nicht. Die britische Wirtschaft entwickelt sich zwar schlecht, und das Pfund hat sogar gegenüber dem Euro noch einmal um 20 Prozent abgewertet. Wir haben noch immer ein Handelsdefizit, aber ohne diese Abwertung wäre das Defizit noch größer. **Die Briten sollen ja ohnehin in einem Referendum über den EU-Verbleib abstimmen. Soeben**

sind sie mit den anderen Europäern wegen einer Regelung zur Begrenzung der Banker-Boni zusammengekracht – auch so ein Spezialgebiet von Ihnen.

Die Boni zu deckeln könnte dazu führen, dass die Banker weniger Risiko nehmen. Das wäre gut, denn kaum jemand hat die CDOs (*Collateralized Debt Obligations, Anm.*) verstanden, jene Derivate, die maßgeblich die Finanzkrise 2008 ausgelöst haben. Ein Kollege an der Bank of England hat eben eine Untersuchung angestellt, wie viel Seiten Information man verarbeiten müsste, um alle diese komplizierten Konstrukte zu verstehen. Er kam auf eine Milliarde Seiten. Natürlich hat die kein Banker gelesen, und dennoch haben alle ihre Boni bekommen. Doch entscheidend ist: Wenn jetzt nicht das System geändert wird, dann wird es wieder schiefgehen. Bei der Neuzulassung von Medikamenten oder Flugzeugen wird penibelst geprüft, ob Schaden für den Konsumenten entstehen kann, bevor ein neues Produkt auf den Markt kommt. In der Finanzindustrie dürfen die Leute alles. Ein Student von mir hat in der portugiesischen Zentralbank gearbeitet, er hat dabei gelernt, dass es einen Bond gibt, der an die Tonträgerverkäufe von David Bowie geknüpft ist.

Das Land, das seine Finanzindustrie am meisten mit Zähnen und Klauen verteidigt, ist England.

Ja, aber damit schädigen wir uns selbst. Fünf Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise ist das britische Wirtschaftswachstum noch immer drei Prozentpunkte niedriger als vorher, verschärft durch die Austeritätspolitik. Die Bankenindustrie hat der britischen Wirtschaft beträchtlichen Schaden zugefügt.

Jetzt fallen mir in Ihrem Bücherregal erst die vielen Bücher von Friedrich von Hayek auf, dem einzigen Wirtschafts-Nobelpreisträger, den Österreich je hervorgebracht hat. Er war ja auch Ideengeber für Margaret Thatcher, die gerade regiert hat, als Sie 1986 nach England gekom-

Allein, ihm fehlt der Glaube: Querdenker Ha-Joon Chang

Sein kaum 10 Quadratmeter großes Zimmerchen an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften in Cambridge quillt vor Büchern über – und der aus Südkorea stammende Ökonom Ha-Joon Chang, 49, ist dort in seinem Element. Seit sich sein eigenes Buch „23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen“ (Goldmann) mit aktuell 650.000 verkauften Exemplaren zum Wirtschaftsbestseller gemausert hat, bekommt er auch von weither Bestätigung für seine Gedanken, die vor Ausbruch der Wirtschaftskrise ziemlich unpopulär waren. In dem Buch zerplückt er neoliberale Glaubenssätze, die in den Boom-Jahren quasi orthodox geworden sind: von der Illusion, dass es freie Märkte gibt, bis hin zum Umstand, dass erfolgreiche Unternehmen nicht nur das Produkt der „unsichtbaren Hand“ der Märkte sein müssen, sondern auch von Regierungen geformt werden können. Chang will das alte System aber nicht sprengen: „Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das der Mensch erfunden hat“, schreibt er gleich zu Beginn seines Buchs.



Ha-Joon Chang: 23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen. Goldmann Taschenbuch.

men sind. Können Sie Hayek und der österreichischen Schule der Nationalökonomie noch etwas abgewinnen?

Er bleibt einer der größten Ökonomen aller Zeiten. Doch hat er sich, glaube ich, nicht sehr viel mit dem wirklichen Leben und der wirklichen Wirtschaft auseinandergesetzt und mehr in seinem Elfenbeinturm aufgehalten. Ein anderer Österreicher hatte dagegen viel Ahnung von der richtigen Wirtschaft: Joseph A. Schumpeter, der sich stark mit der Notwendigkeit der Veränderung als einem Wesenskern des Kapitalismus beschäftigt hat. ●